U n t e r r i c h t u n g

durch die Präsidentin des Landtags

**zu der Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 7/4291 -**

**Unterrichtung nach Artikel 67 Abs. 4 der Verfassung
des Freistaats Thüringen in Verbindung mit § 54 der Ge-
schäftsordnung des Thüringer Landtags und dem Be-
schluss des Landtags vom 18. Dezember 2020 in der
Drucksache 7/2459**

**hier: Entwurf einer Fünften Verordnung zur Änderung
der Thüringer SARS-CoV-2-Infektionsschutz-Maß-
nahmenverordnung**

Die Landesregierung hat mit Schreiben der Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie vom 29. Oktober 2021 zur Nichtberücksichtigung der Stellungnahmen der Fraktionen und der Parlamentarische Gruppe der FDP aus der Unterrichtung des Landtags (vergleiche Drucksache 7/4291) Stellung genommen:

"Mit der oben genannten Unterrichtung wurden die Stellungnahmen aller Fraktionen und der Parlamentarischen Gruppe der FDP zur Fünften Verordnung zur Änderung der Thüringer SARS-CoV-2-Infektionsschutz-Maßnahmenverordnung zur Verfügung gestellt. Entsprechend der Beschlussfassung in Drucksache 7/2459 Ziffer II wird hiermit zu den Stellungnahmen wie folgt geantwortet:

Stellungnahme der Fraktion der AfD K 7/537 - Neufassung

Die Fraktion der AfD übt in der vorgelegten Stellungnahme die bereits in der Vergangenheit vorgetragene grundsätzliche Kritik, die keine konstruktiven Hinweise zur Bekämpfung der Infektionen mit dem Virus COVID SARS-CoV-2 beinhaltet, sondern die sofortige Aufhebung der Infektionsschutzmaßnahmen fordert. Insofern wird die Stellungnahme der Fraktion der AfD zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme der Fraktion der CDU K 7/539

Die Fraktion der CDU weist darauf hin, dass mit der oben genannten Verordnung nur wenige Änderungen zur derzeit gültigen Verordnung vorgenommen werden. Es wurden einige Hinweise gegeben, die inhaltliche Bedeutung haben.

- Zertifizierung der Tests/ Schülerschein

Das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) hat den Schulen ein einheitliches Formular zur Bescheinigung der Teilnahme an den Testangeboten zur Verfügung gestellt. Dort bescheinigen die Schulen auf Verlangen der Schülerin oder des Schülers die erfolgte Teilnahme an der Testung. Dieser Nachweis gilt außerhalb der Einrichtung, zum Beispiel in der Musikschule, bei Veranstaltungen o. ä. Das Verfahren ist in den Schulen bekannt und etabliert. Die Bescheinigung erfolgt nur auf Verlangen. Die Schulen richten sich die Abläufe individuell vor Ort ein. Die Eltern sowie Schülerinnen und Schüler sind über die Abläufe informiert. Grundlegende Problemstellungen, die gegen das Verfahren sprechen, wurden bisher an das TMBJS nicht herangetragen.

Im Warnstufensystem des TMBJS ist ein verpflichtendes Testangebot ab Stufe 1 vorgesehen. Insoweit besteht auch die Möglichkeit zur Ausstellung einer Testbescheinigung seitens der Schulen, wenn tatsächlich an einer Testung teilgenommen wurde.

Der Schülerschein bescheinigt jedoch nur, dass das betreffende Kind oder der Jugendliche eine bestimmte Schule besucht, nicht aber ob sich diese oder dieser hat testen lassen. Etwas Anderes ergebe sich auch nicht bei einem Betretungsverbot bei Nichtteilnahme am Testregime. Bei der Ablehnung der Teilnahme an einem Testregime und gleichzeitigem Bestehen eines Betretungsverbots könnten unter Vorlage des Schülerscheines entsprechende Einrichtungen oder Veranstaltungen außerhalb der Schule dennoch besucht werden, obwohl der Schüler nicht an einer Testung teilgenommen hat, sondern sich aufgrund des Betretungsverbots zu Hause befand. Der Schülerschein wäre insoweit kein taugliches Mittel um nachzuweisen, dass der Schüler oder die Schülerin tatsächlich in der Schule war. Dies gilt auch bei sonstigen Abwesenheiten vom Unterricht. Die Schülerin oder der Schüler hätte auch dann immer den Schülerschein zur Vorlage zur Verfügung, da diese auch bei Abwesenheit ihre Schülerscheinspflicht nicht verlieren.

- Mehrere Optionsmodelle neben- und nacheinander in Betriebsstätten

Dem Anliegen wird entsprochen, da ein Unternehmen auch verschiedene Optionsmodelle in Anspruch nehmen kann.

- Klarstellung zur Testfrequenz

Der Verweis auf § 11 Abs. 4 a ist hinreichend klar. Dadurch wird sichergestellt, dass die datenschutzrechtlichen Bestimmungen auch im Anwendungsbereich des § 18 Anwendung finden.

- Vermeidung von "Testtourismus" in Pflegeeinrichtungen

Eine Änderung in § 18 durch Streichen von Abs. 4 Satz 4 zweiter Halbsatz ist nicht erforderlich. Zur Begegnung des Testtourismus ist es den Pflegeeinrichtungen möglich, einen Selbsttest unter Beobachtung eines Mitarbeiters vorzunehmen, für den keine schriftliche Dokumentation erforderlich ist.

- Klarstellung zur Einheitlichkeit im Frühwarnsystem zur 7-Tage-Hospitalisierungsinzidenz

Durch die Neufassung von § 28 a Infektionsschutzgesetz (IfSG) ist neben der Sieben-Tage-Inzidenz auch die Anzahl der stationär zur Behandlung aufgenommenen COVID-19-Patienten je 100.000 Einwohner binnen einer Woche zu einem wesentlichen Maßstab in der Beurteilung der pandemischen Lage geworden. Ziel des Bundesgesetzgebers ist es, mit dieser Regelung die Belastung des Gesundheitssystems insbesondere

in der stationären Versorgung durch COVID-19-Patienten besser einschätzen zu können. Weiterhin wurden durch die Neufassung des § 28 a IfSG sowohl die Erfassung und Auswertung der Hospitalisierungsinzidenz, als auch die diesbezügliche Zusammenarbeit zwischen Bundesgesundheitsministerium (BMG), Robert-Koch-Institut (RKI) und den Gesundheitsbehörden der Länder klar und einheitlich geregelt.

Mit der "Verordnung über die Erweiterung der Meldepflicht nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nummer 1 des Infektionsschutzgesetzes auf Hospitalisierungen in Bezug auf die Coronavirus-Krankheit-2019" des BMG sind die Krankenhäuser zu entsprechenden Meldungen von Hospitalisierungen aufgrund der COVID-19 an die Gesundheitsämter verpflichtet. Die Meldungen müssen unverzüglich, d.h. innerhalb von 24 Stunden erfolgen, § 6 Abs. 1 S. 2 IfSG i. V. m. § 9 Abs. 3 IfSG, und insbesondere auch das Hospitalisierungsdatum ausweisen.

Die Formulierung in § 1 der "Verordnung über die Erweiterung der Meldepflicht nach § 6 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Infektionsschutzgesetzes auf Hospitalisierungen in Bezug auf die Coronavirus-Krankheit-2019" ist eindeutig: "Aufnahme einer Person in ein Krankenhaus in Bezug auf die Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19)". Auch im dieser Verordnung angefügten Meldebogen wurde diese Formulierung gewählt, sodass eindeutig eine Kausalität hergestellt wird zwischen der Krankenhausaufnahme und der COVID-19-Erkrankung. Hospitalisierungen aus anderen Gründen (z. B. Fraktur, Herzinfarkt usw.) mit einem positiven SARS-CoV-2-Befund sind i. S. der genannten Verordnung hinsichtlich der Hospitalisierung nicht meldepflichtig, da diese Kausalität hier nicht besteht. Diese Fälle werden als Labormeldung gemeldet und erfasst. Das RKI hat diese Festlegung bestätigt. Entsprechende Hinweise zum Umgang mit der Meldung sind auf der Internetseite des RKI veröffentlicht und wurden auf Bitte des BMG durch die Deutsche Krankenhausgesellschaft den Krankenhäusern zur Verfügung gestellt.

Das Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (TMSGFF) hat die Thüringer Krankenhäuser mit Schreiben vom 24. September 2021 auf die Bedeutung dieser Bundesregelungen hingewiesen, insbesondere auf den Zusammenhang zum Thüringer Corona-Frühwarnsystem.

Weiterhin wurden mit Schreiben des Thüringer Landesverwaltungsamts (TLVwA) vom 29. September 2021 die Gesundheitsämter der Landkreise und kreisfreien Städte ebenfalls diesbezüglich informiert und gebeten, zu Praxiserfahrungen hinsichtlich des Meldeverhaltens durch die Krankenhäuser zu berichten. Erste Rückmeldungen zeigen, dass sich das Meldeverfahren wie vom Gesetzgeber intendiert etabliert hat.

- Rechtzeitiger Beteiligungsprozess bei der Aufhebung der epidemischen Lage nationaler Tragweite
- Die Entwicklungen auf Bundesebene werden beobachtet, sodass eine rechtzeitige Anpassung der Verordnung auch kurzfristig möglich sein wird.

Stellungnahme der Fraktionen DIE LINKE, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN K 7/540

Die Koalitionsfraktionen bewerten grundsätzlich die Fortführung und zielgenaue Überarbeitung der Verordnung, insbesondere die Erweiterung der Anwendung der Optionsmodelle sowie die Entscheidung der Landesregierung zu Testangeboten in Schulen nach den Herbstferien, positiv.

Zu weiteren Änderungsbitten wird wie folgt Stellung genommen:

- **Ergänzung der ThürSARS-CoV-2-KiJuSSP-VO zur Testpflicht**
Die Einarbeitung der Vereinbarung zur Ausweitung des Testens an Schulen ist nicht erforderlich. Die Umsetzung erfolgt rechtzeitig durch die Änderung der Allgemeinverfügung des TMBJS. Damit kann auch flexibel auf das weitere Infektionsgeschehen und Entscheidungen nach dem 24. November 2021 reagiert werden, dies ebenso vor dem Hintergrund der seitens des Bundes zu treffenden Entscheidung zur Verlängerung der pandemischen Lage.
- **Aufnahme einer ähnlichen Regelung für den Bereich der Kindertagesbetreuung in die Thür-SARS-CoV-2-KiJuSSpVO**
Der MPK-Beschluss vom 10. August 2021 sieht keine Regelungen für diese Altersgruppe bezüglich eines verbindlichen Testangebots vor. Erzieherinnen und Erzieher unterliegen hingegen dem verpflichtenden Testangebot seitens der Arbeitgeber, d. h. der Träger der jeweiligen Einrichtung, das zweimal pro Woche zur Verfügung zu stellen ist. Des Weiteren sind Kinder dieser Altersgruppe von den 3-G-Regeln ausgenommen. Zudem haben Eltern jederzeit die Möglichkeit, ihre Kinder selbst oder in einem Testzentrum zu testen. Die Einrichtungen setzen die grundlegenden Regelungen des vorbeugenden Infektionsschutzes gemäß ihren Hygiene- und Infektionsschutzplänen um. In Warnstufe 1 und 2 gelten außerdem besondere Maßnahmen für den Zutritt einrichtungsfremder Personen. In Warnstufe 3 findet die Betreuung in festen Gruppen statt.
- **Niedrigschwellige Impfangebote aufrechterhalten/ Aufklärungskampagnen durchführen/ mit Schulen ins Gespräch kommen**
Seitens des TMASGFF wird das Angebot für niedrigschwellige Impfangebote weiterhin gefördert und stetig ausgebaut. Vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Impfstatus der Bevölkerung - insbesondere in Thüringen - besteht Konsens, dass es sich insoweit um einen unverzichtbaren Beitrag der Pandemiebekämpfung handelt. Das TMBJS hat einen Impflyer zur Information von Kindern und Jugendlichen sowie deren Eltern über das Impfen, den Impfstoff und die Möglichkeiten, sich impfen zu lassen, erarbeitet und an die Schulen verteilt. Es besteht die Möglichkeit, dass mobile Impfteams die Schulen besuchen, wenn sich Schulgemeinschaften dafür entscheiden. Die Thematik und die bestehenden Möglichkeiten wurden zu Beginn des Schuljahres in den Elternabenden seitens der Schulleitungen und Lehrkräfte angesprochen. Auch die Staatlichen Schulämter sind hierüber informiert und mit den Schulen im Kontakt.
- **Kostenübernahme für Personen ohne Impfmöglichkeit**
Nicht impfbare Personen haben weiterhin einen Anspruch auf den Bürgertest nach § 4 a TestV.
- **Leitlinie zur Umsetzung der Optionsmodelle**
Die Branchenregelungen, die auch Leitlinien zur Umsetzung der bestehenden Regelungen enthalten, werden fortlaufend aktualisiert.
- **Beteiligung von Hochschulgremien bei einschränkenden Infektionsschutzmaßnahmen**
Soweit die betreffenden Regelungen in Form einer Satzung zu erlassen sind, ist hierfür unabhängig von der Geltung der Sonderregelungen im Corona-Mantelgesetz (§ 1 ThürCorHG) der Senat zuständig, sodass alle Statusgruppen mitwirken. Für den Erlass anderer Regeln (insbesondere Infektionsschutzkonzepte) gilt dies nicht, sodass hochschulrechtlich keine Mitwirkung aller Statusgruppen vorgegeben ist. Dagegen ist personalvertretungsrechtlich eine Mitwirkung der Personalräte zwingend und

in der Praxis erfolgt nach unserer Kenntnis darüber hinaus auch eine Beteiligung der Studierenden.

- Streichung der Gültigkeit von Test an Hochschulen bis 72 Stunden
Eine Streichung kommt nicht in Betracht. Eine Gültigkeitsdauer konkret an Stunden zu messen ist im Hochschulbereich anders als bei Branchenregelungen infektionsschutzrechtlich im Hinblick auf die Adressatengruppe geboten.

Stellungnahme der Parlamentarischen Gruppe der FDP K 7/541

Die Parlamentarische Gruppe der FDP trägt in der Stellungnahme keine konkreten Änderungshinweise zur oben genannten Verordnung vor. Es ist zweifelsfrei notwendig aktiv für Impfungen zu werben, da die Erhöhung der Impfquote dazu beiträgt, das Infektionsgeschehen zu reduzieren.

Es ist vorgesehen, dass durch mobile Impfteams die Impfquote verbessert wird.

Die Beschränkungen in Thüringen können erst aufgehoben werden, wenn der Gesundheitsschutz der gesamten Bevölkerung gesichert ist.

Es wird gebeten, die Antwort der Landesregierung zu den Stellungnahmen der Fraktionen und der Parlamentarischen Gruppe der FDP den Mitgliedern des Ältestenrats zur Verfügung zu stellen."

Birgit Keller
Präsidentin des Landtags